

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) im Winter 1955/56

Im Januar 1956 beschloß das sog. Parlament der SBZ, die Volkskammer, die Aufstellung einer „nationalen Volksarmee“ mit Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine und die Übernahme der im Warschauer Militärpakt für die SBZ vorgesehenen militärischen Pflichten. Im gleichen Monat verurteilte das Überste Gericht der SBZ unter dem Nachfolger der blutigroten *Hilde Benjamin* zwei Deutsche zum Tode, weil sie angeblich andere Deutsche überredet hatten, das Gebiet der SBZ in westlicher Richtung zu verlassen. Ende Januar sperrten überraschend starke Einheiten der Grenzpolizei die Bahnhöfe rings um Berlin, prüften lückenlos jeden nach Berlin Reisenden, schickten die Angehörigen der bäuerlichen Bevölkerung zurück, inhaftierten im Ostsektor Berlins Hunderte von jungen und alten Männern, die versucht hatten, auf dem Wege über Ost-Berlin die „Grüne Woche“ am Funkturm in West-Berlin zu besuchen, und verboten schließlich vom 1. Februar an den Verkauf von Fahrkarten aus der Zone nach Berlin für alle die, die nicht nachweisen konnten, in Berlin einen genehmigten Arbeitsplatz aufsuchen zu müssen.

Drei Ereignisse aus der Fülle des sehr bewegten politischen und wirtschaftlichen Alltags Mitteldeutschlands, die auf den ersten Blick keinen Zusammenhang erkennen lassen und die doch ursächlich zusammenhängen und vieles von der oft unerklärlich anmutenden wirtschaftlichen und damit auch politischen Situation Mitteldeutschlands klarer sehen lassen als bisher.

Am 31. Dezember 1955 war die Zeit des ersten Fünfjahrplanes der SBZ abgelaufen und damit eine Etappe in der wirtschaftlichen Entwicklung Mitteldeutschlands erreicht, die die amtliche Propaganda vorher stets in leuchtenden Farben geschildert hatte. Verglichen mit dem sonst bei allen möglichen Anlässen getriebenen Aufwand an Papier, Kleister und Farbe in der Form von Plakaten, Transparenten und Wandsprüchen lief der Wechsel vom 1. zum 2. Fünfjahrplan ziemlich geräuschlos über die Bühne. Wollte Pankow damit dem Beispiel der bei solchem offiziellen Reklamerummel etwas sparsameren Ostblockländern folgen, fürchtete Pankow etwa ein zu tiefes Luftschnappen und eine zu lange Verschnaufpause der Arbeiterschaft zwischen den beiden fünfjährigen „Schichten“ der planwirtschaftlichen Entwicklung oder wollte es auf diese Weise unerwünschten Fragen nach dem Verhältnis von

„Soll“ und „Ist“ des Planes und dem Wahrheitsgehalt der goldenen Verheißungen aus dem Wege gehen?

Für Zurückhaltung und Bescheidenheit haben die Staatsfunktionäre der SBZ noch nie geschwärmt, aber ein spürbares Atemholen der Arbeiterschaft oder lästige Fragen nach den versprochenen Erfolgen mußten in einem Augenblick, in dem die Zone neue militärische und damit notwendigerweise auch wirtschaftliche Pflichten zu übernehmen hatte, doppelt unwillkommen sein. Eine Diskussion über die Ergebnisse des Fünfjahrplanes durfte vor dem Erscheinen des amtlichen Erfüllungsberichtes nicht zugelassen werden. Nun schwebt jedoch seit dem 17. Juni 1953 die Regierung der SBZ nicht mehr in einer selbstgefälligen Ahnungslosigkeit in ihrem Wolkenkuckuckshaus. Sie muß also die Unruhe in der Bevölkerung gespürt haben, die ständig aus der angespannten Versorgungslage, aus den jahrelangen Debatten um und selbst bei vielen SED-Genossen gegen die Aufstellung einer Zonenwehrmacht und aus dem Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen die Mitwirkung in den bewaffneten Arbeitermilizen, den Kampfgruppen der volkseigenen Betriebe, genährt wurde und die sich in einem seit Sommer 1955 spürbar ansteigenden Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland niederschlägt, der 1954 rund 185 000 und 1955 mehr als eine Viertelmillion Menschen erfaßte.

*

Gerade dieser Flüchtlingsstrom, den Pankow vor mehreren Jahren offiziell noch einfach abstritt und mit dem es insgeheim vielleicht gehofft hatte, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bundesrepublik ernsthaft gefährden zu können, wird von Monat zu Monat zu einem stärkeren Alldruck für die Machthaber der Zone; denn er verringert laufend das augenblickliche und auch zukünftige mitteldeutsche Arbeitskräftepotential. Der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 14 und 65 Jahren an den Flüchtlingen aus der Zone und Ost-Berlin betrug 1952 80,8 vH, 1953 74,8 vH, 1954 74,7 vH und 1955 78,6 vH. In den gleichen Jahren flohen 58,0 vH; 50,8 vH; 51,2 vH und 53,2 vH Flüchtlinge männlichen Geschlechts. In der mitteldeutschen Wirtschaft fehlt es heute nicht nur mehr an Fachkräften mit jahrelanger Erfahrung, sondern auch der technische und wissenschaftliche Nachwuchs zeigt wachsende Lücken, ja in verschiedenen Industriezweigen und in der Landwirtschaft stehen nicht einmal genügend Hilfsarbeiter zur Verfügung.

Diese Tatsache führte zu dem Terrorurteil gegen zwei Deutsche, von dem eingangs gesprochen wurde und das nachträglich — wegen der Proteste der freien Welt — in lebenslangliches Zuchthaus „gemildert“ wurde. Auch dieses Strafmaß bedeutet noch eine Verhöhnung

jeden Rechtsdenkens. Nach der Verfassung des Sowjetzonenstaates ist ganz Deutschland eine Einheit, und jeder Deutsche hat das Recht der freien Arbeitsplatz- und Wohnungswahl. Diese Grundrechte erkennt die Zonenjustiz nicht mehr an. Konnte man in der Zeit der „schwarzen“ Überquerungen der Zonengrenze vor ihrer hermetischen Schließung durch die Sowjets in manchem Keller der Vopo den wuterfüllten Reim lesen: „Als Deutscher von Deutschen gefangen, weil ich von Deutschland nach Deutschland gegangen“, so krönten die Zonenmachthaber ihren Zynismus jetzt mit der Todesstrafe für die angebliche „Verleitung zur Zonenflucht“.

Ist dies bereits eine Folge der militärischen Verkettung der SBZ mit dem Ostblock? Denn der Flüchtlingsstrom hat ja nicht nur wirtschaftliche, sondern heute auch militärische Konsequenzen, wo Pankow seine als Polizei getarnten Streitkräfte zu einer regulären Armee ausbauen soll. Und diese Aufgabe bedeutet zugleich wieder eine wirtschaftliche Anspannung, für die keine Arbeitskraft entbehrt werden kann. Daß die Zonenjustiz Todesurteile verhängte, ist ein Beweis dafür, daß Pankow sich hilflos der in der Flüchtlingswanderung liegenden ständigen Bedrohung ausgeliefert fühlt.

Nun könnte ein Überschlauer mit dem Vorschlag — nach seiner Meinung dem Stein der Weisen — kommen, daß dies ja eigentlich der Weg sei, durch eine von Westdeutschland aus noch forcierte und angeregte Flüchtlingsabwanderung aus Mitteldeutschland das dortige System zum Zusammenbrechen zu bringen. So etwas hört man wirklich hier und da. Dabei wird vergessen, daß dann keine Macht der westlichen Welt verhindern könnte, daß dieser Bevölkerungsverlust im Rahmen der „gegenseitigen Wirtschaftshilfe“ des Ostblocks mit Arbeitskräften aus dem reichen asiatischen Menschenreservoir ausgeglichen würde, der dem Gebiet der Zone allmählich aber sicher seinen deutschen Charakter nehmen müßte. Die Sowjets haben so etwas in dem nördlichen Ostpreußen schon vorexerziert, und es sollte eigentlich jeder wissen, daß sie in ihren bevölkerungspolitischen Maßnahmen nicht gerade zaghaft sind. Heute arbeiten z. B. schon Tausende chinesischer Arbeiter in Oberschlesien.

*

Jetzt wird auch einleuchten, warum Pankow mit so drastischen Methoden gegen den Besucherstrom zur Grünen Woche in West-Berlin vorging. Es fürchtet den Kontakt der mitteldeutschen Bevölkerung mit der freien Welt des Westens. Dieser Kontakt führt zu Vergleichen, und diese Vergleiche stärken wohl einerseits die Widerstandskraft in den Besuchern aus der Zone, sie erhöhen andererseits aber auch die innere Unruhe dieser Menschen und können dazu beitragen, den in den allermeisten Fällen sehr, sehr schweren Entschluß einer Flucht nach

dem Westen mit vorzubereiten. Die Grüne Woche hatte in diesem Jahre etwa 100 000 Besucher aus Ost-Berlin und der Zone weniger als vor einem Jahre zu verzeichnen. Auf die Gründe wurde schon hingewiesen. Und da entblödeten sich die Zeitungen in Ost-Berlin am 7. Februar nicht, hohnvoll zu behaupten, daß die „Pleite der Grünen Woche“ in West-Berlin ohne das agrarische Hinterland jetzt offensichtlich sei, zumal sie von der mitteldeutschen Bevölkerung gemieden werde, weil diese wisse, daß sie damit den Westberliner „Agentenzentralen“ eine Abfuhr erteilen könne.

Die ganze Verlogenheit dieser Argumentation wird einem deutlich, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, welch ein Geschrei aus Pankow ertönen würde, wenn die Behörden der Bundesrepublik den Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse für alle Westdeutschen verböte.

Dies wird natürlich nicht geschehen; denn wir haben den Kontakt mit den Vertretern des östlichen System nicht zu fürchten. Außerdem wird jeder Westdeutsche, der Leipzig besucht, von der Bevölkerung als Bote des freien Teiles Deutschlands begrüßt. Er wird jedoch auch kritisch beobachtet; denn unter dem sowjetischen Druck hat sich dort ein sehr feines Gefühl dafür herausgebildet, ob der Westdeutsche bei der Begegnung mit dem Funktionär der SBZ sein Gesicht verliert oder nicht. Taktvolle Zurückhaltung ist dabei nicht immer die Sache des vom kommerziellen Gewinn besessenen Händlers, zumal dies die Atmosphäre der Leipziger Messe begünstigt; denn die Vertreter der SBZ haben die bisher größte Messe mit 9500 Ausstellern auf einem Gelände von 265 000 qm organisiert, um mit den „kapitalistischen Ländern“ Abschlüsse in Höhe von 520 Mill. DM zu tätigen. Taktvolle Zurückhaltung sollte man unter anderem auch gegenüber dem jetzigen Vizepräsidenten der sowjetzonalen Außenhandelskammer, dem seinerzeitigen Bundestagsabgeordneten der CDU, *Schmidt-Wittmack*, üben, der schon Anfang Februar einen vollen Erfolg der Leipziger Messe prophezeite.

Man sollte — und leider besteht Anlaß, dies so deutlich auszusprechen — bei derartigen Begegnungen, auch wenn es sich dabei um den in Bonn akkreditierten Botschafter der UdSSR handelt, nicht vergessen, daß der Osten den Handelsverkehr mit uns nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen sucht. Und man sollte vor allem niemals darüber im Zweifel sein, daß im Sowjetblock nicht die Wirtschaft um des Menschen willen da ist, sondern der Mensch der Wirtschaft zu dienen hat, oft bis zur Selbstaufgabe. Die Wirtschaftsentwicklung in und der gesteigerte Handel mit den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang ist der dortigen Bevölkerung am allerwenigsten zugute gekommen. Wir wissen, daß auch bei uns in dieser Hinsicht noch so manches besser werden muß, aber es liegt an uns selber, die

Möglichkeiten eines demokratischen Rechtsstaates hierfür auszunutzen. Im Ostblock ist dies unmöglich.

Sehen wir uns doch einmal die Entwicklung und Auswirkungen des *Interzonenhandels* an, der seit 1952 ständig zugenommen hat. Im letzten Jahre konnten allerdings die für jede Seite geplanten 1000 Mill. Verrechnungseinheiten (VE) nicht erreicht und nur für je rund 570 Mill. VE in beiden Richtungen umgesetzt werden (einschließlich der Dienstleistungen). Für 1956 haben sich beide Partner wieder auf je 1000 Mill. VE geeinigt. Hat der steigende Interzonenhandel die Versorgungslage der mitteleutschen Bevölkerung etwa entsprechend verbessert? Wir müssen diese Frage leider verneinen. Die Zonenpresse liefert dafür genügend Anhaltspunkte. Auch die angeblich so stolzen Erfolge des Fünfjahrplanes haben nicht den von *Ulbricht* verheißenen „Wohlstand wie nie zuvor“ gebracht. Gewiß ist gegenüber dem Zustand von 1950 vieles besser geworden, aber doch immer nur als Anpassung an normale Verhältnisse.

*

Die amtliche Sprachregelung für die Berichterstattung über das Ergebnis des abgelaufenen Fünfjahrplanes wird nicht leicht zu finden gewesen sein; denn die im Herbst 1951 verkündeten Planziele sind später mehrfach geändert worden, ohne daß die „Regierung“ darüber Rechenschaft abgelegt hat. Vor dem amtlichen Bericht über das Wirtschaftsjahr 1955 und das Planjahr fünf 1951-1955 brachte die mitteleutsche Presse nur wenige Einzeldarstellungen über dieses Thema. Die darin veröffentlichten Prozentzahlen waren jedoch noch nichtsagender als die aller bisherigen Berichte, weil es dem Leser völlig unklar bleiben mußte, auf welche Planfassung sie sich bezogen. Nur *Selbmann* machte eine Ausnahme. Er ließ auch realistische Töne anklingen; denn er faßte seine Schilderung über die Wirtschaftsentwicklung der Zone — im wesentlichen ein Loblied auf die Steigerung der Grund- und Investitionsgüterindustrien — in den folgenden vielsagenden Satz zusammen: „Die Bilanz des ersten Fünfjahrplanes ist also in der großen Linie zufriedenstellend, wenn auch natürlich nicht übersehen werden darf, daß einige Wünsche und Planaufgaben des ersten Fünfjahrplanes nicht ganz verwirklicht werden konnten.“

Genau einen Monat später, am 5. Februar 1956, kam der amtliche Bericht über den abgelaufenen Fünfjahrplan heraus, der trotz seiner Phrasen von erfolgreicher Beendigung, hervorragenden Leistungen und Erfolgen, von der Überlegenheit der Zonenwirtschaft über die „kapitalistischen Verhältnisse in Westdeutschland“, von schöpferischen Kräften und von großen und schönen Perspektiven im Grunde nach Inhalt und Form der kläglichste Bericht

ist, den die Staatliche Plankommission bisher je veröffentlichte. Er enthält neben einer Unmenge bedeutungsvoller Lücken, indem auf oft entscheidende Punkte des Planes überhaupt nicht eingegangen wird, eine Reihe so offensichtlicher Fehler, um nicht Fälschungen zu sagen, daß man sich ernstlich fragen muß, ob den Berichterstattern die notwendigen Geisteskräfte gefehlt haben, oder ob der Leser für dumm verkauft werden solle; denn der Fünfjahrplan ist seinerzeit in einigen hunderttausend Druckschriften in ganz Mitteldeutschland verteilt worden.

An dieser Stelle kann der Bericht nicht in allen Einzelheiten analysiert werden, doch schon eine stichprobenartige Betrachtung zeigt seine und damit die Schwächen der Zonenwirtschaft. Man vergegenwärtige sich die hier genannten Beispiele des Zurückbleibens der Erzeugung hinter den geplanten Zuwachsraten und bedenke, welche Kühnheit dazu gehört, trotzdem den Fünfjahrplan als erfolgreich erfüllt zu bezeichnen. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache!

Die Zuwachsraten im Fünfjahrplan der SBZ
1950 — 100

Sachgebiet	1955 Plan	1955 Ist
Erzeugung elektrischen Stroms	177	149
Braunkohlenförderung	164	148
Steinkohlenförderung	125	100
Braunkohlenbriketts	162	137
Eisenerzförderung	910	410
Kupfererzförderung	330	170
Roheisen	575	450
Rohstahl	322	250
Schwefelsäure	193	180
Kunstseide	367	250
Gewebe insgesamt	201	190
Lederschuhe	300	221
Landwirtsch. Gesamterzeugung	157	144
Gesamterträge an:		
Getreide u. Hülsenfrüchten	125	115
Ölfrüchten u. Faserpflanzen	160	144
Zuckerrüben	120	107
Viehbestände an:		
Rindern	122	104
davon Kühe	161	130
Schweinen	134	158
davon Sauen	164	157
Schafen	166	167
davon Mutterschafe	211	152
Außenhandelsvolumen	290	280
Gütertransport:		
Eisenbahn	173	174
Binnenschifffahrt	156	137
Arbeitsproduktivität, Industrie	160	154
Durchschnittslohn, Industrie	120	148
Gesamtlohnfonds	131	168

Auf ein Sondergebiet soll hier jedoch aufmerksam gemacht werden, auf dem der Fünf-

jahrplan gegen den ausdrücklichen Willen seiner Initiatoren übererfüllt worden ist; denn die zusätzliche Steigerung kam in diesem Falle als überplanmäßige Lohn- und Gehaltserhöhung den arbeitenden Menschen der SBZ zugute. Trotz der Aktivisten und sonstigen Anstreiber und der ständigen Bemühungen, durch Normerhöhungen und das Brigadensystem das Arbeitseinkommen nur sehr langsam wachsen zu lassen, mit dem Ziele, den durch eine angestrebte weit stärkere Erhöhung der Arbeitsproduktivität geschaffenen Mehrwert für den Staat und seine verbraucherfeindlichen Maßnahmen einzuheimsen, stieg der Durchschnittslohn in der Industrie statt um 20 vH um 48 vH und der Gesamtlohnfonds der Volkswirtschaft statt um 31 vH um 68 vH. Erst im Jahre 1955 ist es der Wirtschaftsverwaltung der Zone gelungen, die Lohnentwicklung zu bremsen. Hierauf ist es neben anderen Faktoren — u. a. der Verbesserung des bargeldlosen Einkaufs in den HO-Geschäften und der Gehaltszahlung bei Beträgen von 500 DM und mehr in der Form von Kontengutschriften statt Barauszahlung — zurückzuführen, daß nach den von uns nicht überprüfbareren Meldungen der zonalen Notenbank der Bargeldumlauf in Mitteldeutschland seit Mitte vorigen Jahres relativ konstant geblieben ist.

*

Wegen des schneller als geplant gewachsenen Arbeitseinkommens ist die mißliche Versorgungslage für den mitteldeutschen Verbraucher noch offenkundiger geworden als bei einem geringeren Kaufkraftangebot. Dank der erhöhten Kaufkraft konnte ein Teil der staatlichen, konsumhemmenden Preispolitik aufgewogen werden, was jedoch nicht zu einer erhöhten Befriedigung der Nachfrage führte; denn das zu geringe Warenangebot war ja auf eine durch überhöhte Preise rationierte Nachfrage abgestimmt.

Es wurde eingangs schon darauf hingewiesen, daß der Verbraucher heute auf besser gefüllte Warenregale in den Läden der Zone trifft als 1950, aber es ist absolut unwahr, von einer erfolgreichen Erfüllung des Fünfjahrplanes zu sprechen, wenn man den folgenden seiner Hauptpunkte mit der Wirklichkeit vergleicht. Er lautete: „Auf der Grundlage des Wachstums der Produktion und durch die Beseitigung der schweren Kriegsfolgen *muß* der Vorkriegslebensstandard der Bevölkerung erreicht und zum Ende des Fünfjahrplanes *bedeutend überschritten* werden. Das gilt im besonderen für den Verbrauch von Nahrungsmitteln, von Fleisch und Fett und wichtigen Industriewaren je Kopf der Bevölkerung.“

Werfen wir ein paar Blicke in den Alltag des mitteldeutschen Normalverbrauchers. Da schreibt ein entrüsteter Vater aus Ost-Berlin, das stets noch besser mit Waren versorgt wird als die Zone, am 1. 2. 1956 in der „Berliner

Zeitung“: „Am 30. 11. 1955 kaufte ich in der HO-Verkaufsstelle ‚Spiel und Sport‘, Schönhauser Allee 120, ein luftbereiftes Dreirad für 99,98 DM (man beachte den scharf kalkulierten Preis, d. Verf.). Der Lack war stellenweise zerkratzt, die Räder nicht aufgepumpt. Als ich die Mängel beanstandete und darum bat, die Räder aufzupumpen, erklärte der Verkaufsstellenleiter, sie hätten keine Luftpumpen. Zu Hause mußte ich feststellen, daß zwei Ventile nicht in Ordnung waren und auf einer Achse sogar der Splint fehlte. Als nach zwei Tagen wiederum keine Luft mehr im Schlauch war, stellte ich fest, daß der Schlauch an der Stelle, wo das Ventil eingepaßt ist, undicht war. Am 23. 12. 1955 habe ich die Schäden in der Verkaufsstelle reklamiert, wo ich gebeten wurde, nach dem Fest wiederzukommen. Am 27. 12. brachte ich das Rad zur Verkaufsstelle. Mir wurde erklärt, ich könnte es in einer Stunde abholen. Auch am 28. und 29. 12. wurde mir gesagt, das Rad sei fertig, es sei nur noch nicht von der Reparaturstelle zurückgeschickt worden. Am 30.12.1955 und auch am 3.1.1956 war es noch immer nicht eingetroffen. Mir platzte nun der Kragen. Ich hatte für ein schadhafes Rad 99,98 DM bezahlt, 6 Stunden verlaufen und 2,40 DM Fahrgeld verfahren. Als ich um das Beschwerdebuch bat, war das auch nicht vorhanden. Bis jetzt hat sich die HO noch nicht gerührt, nachdem ich bat, mir das Rad zuzuschicken.“

An anderer Stelle wird, gefragt, was man denn mit den Kofferradios machen solle, für die keine Ersatzbatterien zu beschaffen seien. Ein anderer hatte vergeblich nach Autoersatzteilen, und zwar nach Framo-Hinter- und Vorderradbremsteilen gesucht und beschwert sich, daß er überall die Antwort bekam: „Harn wa nich“. Eine Frau schreibt: „Wir würden uns sehr glücklich schätzen, wenn man auch unsere Modewünsche endlich berücksichtigen würde. In anderen Ländern erkennen wir, was schick, flott, praktisch und geschmackvoll ist, und bei uns sind wir in unseren modischen Ausführungen oft sehr geschmacklos.“ Andere Leser beschwerten sich, daß das Teegebäck einer Leipziger Firma in Haarwaschmittelverpackungen einer Dresdener Firma versandt wird. Gewiß bestehe ein Engpaß an Verpackungsmaterial, aber so weit dürfte das doch nicht führen.

Da werden tschechische Nähmaschinen importiert und in Sachsen-Anhalt verkauft (was ja an sich bedeutet, Eulen nach Athen zu tragen), und für diese Nähmaschinen sind nur tschechische Gebrauchsanweisungen vorhanden. Entrüstete Käufer stellen die Frage, wie es denn mit einem Dolmetscher sei. Aus Ungarn eingeführte Motorräder, Marke „Pannonia de Luxe 250“, wurden sogar ohne jede Betriebsanleitung verkauft.

In einer anderen Zeitung, der „Wirtschaft“, war folgende Beschwerde zu lesen: „Bei den Glühbirnen für Nähmaschinenleuchten vom

VEB Glühlampenwerk Plauen löst sich nach 1 bis 2 Tagen Brenndauer der Glaszylinder aus der Fassung und die Birnen sind unbrauchbar. Innerhalb ganz kurzer Zeit gingen von 30 Birnen 25 den Weg dieser Zerteilung. Offenbar ist die Verkittungsmasse absolut ungeeignet."

Die römischen Kaiser hielten das Volk mit Brot und Spielen bei guter Laune. Da in der SBZ mit dem Brot — wenn man es als Sinnbild für die allgemeine Versorgung nimmt — nicht allzuviel Staat zu machen ist, werden die Spiele besonders gepflegt. Wie in den letzten Jahren war Pankow auch in der Faschingszeit bemüht, der Bevölkerung eine stille, närrische Zeit mit Betriebsfeiern, linientreuem Klimbim und der Verhöhnung westlicher Politiker zu bieten. Doch es hat zugleich den Rahmen dieses Treibens durch eine kürzlich erlassene Polizeistundenverordnung stark eingeengt. Die Polizeistunde wurde werktags auf 24 Uhr, sonnabends und sonntags sowie feiertags auf 1 Uhr und für Jahrmärkte und „Vergnügungsparks“ an allen Tagen auf 23 Uhr festgesetzt. Ihre klassische Begründung lautete: „Die Polizeistunde, die das öffentliche Leben während der Nachtzeit einschränkt, dient dazu, der werktätigen Bevölkerung eine ungestörte Nachtruhe zu sichern. Die Einhaltung der Polizeistunde liegt im Interesse der Bürger der DDR; sie trägt dazu bei, Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während der Nachtzeit zu verhindern“. Das also ist des Pudels Kern! Doch wer stört denn eigentlich im sowjetzonalen „Paradies“ die öffentliche Sicherheit und Ordnung?

*

Doch zurück zur wirtschaftlichen Situation. Der ungewöhnlich starke Frosteinbruch ab Ende Januar zehrte in den meisten Haushaltungen die ohnehin kümmerlichen Heizstoffvorräte schnell auf. Briketts sind noch immer rationiert. Bis zum Sommer 1952 konnten sie zu HO-Preisen noch frei gekauft werden. Auf diesem Gebiet ist es in den letzten Jahren also schlechter geworden. Koks ist für private Haushaltungen mit Ausnahme der privilegierten Funktionäre noch immer nicht zu haben. Auch der Stromverbrauch für Heizzwecke ist nach wie vor verboten. Das Ministerium für Kohle und Energie verfügte am 2. Februar sogar eine Ausdehnung der Stromspitzenzeiten. Sie liegen jetzt von 6 bis 12 Uhr und von 16.30 bis 21.00 Uhr. In dieser Zeit darf in den Haushaltungen nicht elektrisch gekocht und Strom nur sehr sparsam verbraucht werden. Auch die Industriebetriebe haben die „gesetzlichen Einschränkungen“ zu befolgen. Stromsperrungen greifen wieder erschreckend um sich. Das geht sogar so weit, daß kürzlich der technische Leiter eines der bedeutendsten Hüttenwerke der Zone in der Tagespresse schwere Anklagen

gegen das Energieministerium erhob, weil die täglichen Stromsperrungen in seinem Werk zu beträchtlichen Produktionsstörungen und finanziellen Verlusten führten. Wem dient denn dann eigentlich die Stromsperrung, wenn nicht einmal Schwerpunktbetriebe der volkseigenen Wirtschaft über genügend Energie verfügen können?

Die strenge Kälte hat wie üblich den Hauptenergieträger der SBZ, den Braunkohlenbergbau, besonders schwer getroffen. Noch im Dezember wurde darauf hingewiesen, daß die Tagebaue viel zuwenig Abraum beseitigt und Kohle auf Vorrat freigelegt hätten. Da die Zonenwirtschaft ohne nennenswerte Kohlevorräte auskommen muß, führt der Förderausfall zu schweren Störungen. Um dieser Zwangslage zu begegnen, haben die Arbeiter die großen Räumgeräte sogar mit Flammenwerfern aufzutauen versucht.

Alle heute noch vorhandenen Mängel und vor allem die trotz aller Vorsätze im ersten Fünfjahrplan noch immer nicht beseitigten sog. Disproportionen in der Volkswirtschaft soll nun der zweite Fünfjahrplan abstellen, über den Ulbricht am 24. 3. 1956 vor der Parteikonferenz der SED in Ost-Berlin referieren wird.

Die Erzeugung von Produktionsgütern soll bereits in seinem ersten Planabschnitt, im Jahre 1956, um 10,5 vH schneller steigen als die von Konsumgütern; für den Normalverbraucher allerdings keine besonders günstige Aussicht auf Hebung seines Lebensstandards. Pankow hat sich vorgenommen, oder besser gesagt, es mußte sich auf Befehl des Kremls vornehmen, die Investitionen in der Grundstoffindustrie gegenüber dem Vorjahre bis Ende dieses Jahres um 48 vH, in der Maschinenindustrie um 188 vH, in der Bauindustrie um 180 vH, dagegen in der Leicht- und Lebensmittelindustrie nur um 5,8 vH zu erhöhen.

Ob wohl heute schon jedem in der Sowjetzone ganz klargeworden ist, was es bedeutet, daß die mitteldeutsche Wirtschaft vom 1. 1. 1956 an noch weit stärker als schon bisher zu einem Objekt der sowjetischen Großraumwirtschaft im Ostblock von Pankow bis Nordkorea geworden ist? Damit hat sie in ihrer künftigen Entwicklung mit Vorrang den Bedürfnissen der Industrialisierung Chinas und Nordkoreas zu dienen. Daneben wird sie als Lieferant von Investitionsgütern in den aus politischen Gründen vom Kreml mit besonderer Anteilnahme bedachten wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten eingesetzt. Diese Aufgaben scheinen für einen modernen Industriestaat geradezu verlockende Perspektiven zu eröffnen. Doch es ist noch sehr die Frage, ob hier nicht wieder die Leistungskraft Mitteldeutschlands für ein im Grunde sehr einseitiges Geschäft ausgenutzt, um nicht zu sagen ausgebeutet, wird.

Walter Meier